

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1990)
Heft: 4: Der Einstieg in de Ausstieg beginnt

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationale Atomenergiebehörde IAEA hat vor einer neuen Katastrophe in Tschernobyl gewarnt. Der Sprecher der Wiener Behörde erklärte in einem Interview der «Berliner Morgenpost», es könne zu einem neuen Unfall kommen, weil der im April 1986 nach dem Reaktorbrand in aller Eile gebaute Betonmantel um die Kraftwerksruine den Belastungen nicht standhalte. Auf lange Sicht bestehe die Gefahr, dass erneut Spaltprodukte aus dem Reaktorinneren in grossem Umfang in die Umwelt gelangen könnten. Die grösste Gefahr gehe derzeit von dem Betondach des im April 1986 durchgebrannten Reaktors aus. Wegen der immer noch vorhandenen Strahlung und der auf über 200°Celsius geschätzten Temperatur im Reaktorinneren befürchteten die Experten, dass der Beton spröder werden und zum Einsturz des Daches führen könnte. Seit dem Unglück vor vier Jahren seien nach Schätzungen der Experten erst 10 bis 20 Prozent des gesamten radioaktiven Potentials des Reaktors in die Umwelt gelangt. Sorgen bereite den Experten jedoch auch der gesamte Betonmantel um das havarierte Kraftwerk, der ebenfalls spröder werde. Ein schleichender Austritt von Spaltprodukten gelte nicht mehr als ausgeschlossen, hiess es weiter. Sowjetische Atomwissenschaftler arbeiteten daher bereits an Plänen, nach denen entweder das Dach durch das Einfüllen von flüssigem, sich später verfestigendem Kunststoff abgestützt oder ein neuer Betonmantel um den Block gelegt werden soll.

TA, 30.8.90

Jugendliche Diebe haben die medizinischen Daten von rund einer halben Million Opfer der Atomkatastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl gelöscht. Wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass am 14. September meldete, handelt es sich um Daten von rund 500 000 Menschen aus 20 000 Städten, die radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren. Die Computer mit den Datendisketten waren aus dem Forschungsinstitut für Strahlenbehandlung in Minsk gestohlen worden. Jetzt seien die Diebe gefasst worden, so die Agentur. Einen im vergangenen Frühjahr ausgestrahlten öffentlichen Appel des sowjetischen Fernsehens, die Daten nicht zu vernichten, hätten die Diebe nicht beachtet, meldete Tass weiter. Experten bemühten sich jetzt zu retten, was noch auf den Disketten vorhanden sei.

TA, 17.9.90

Im sibirischen Tomsk droht «ein zweites Tschernobyl», wie die «Iswestija» am 4. Mai berichtete. Vor Ort wurde erhöhte Radioaktivität gemessen. Die ersten Menschen wurden bereits in Kran-

kenhäuser eingeliefert. Ausmass und Ursache der Strahlung sind zur Zeit noch nicht bekannt. Unabhängig vom Grad und Umfang der momentanen radioaktiven Verseuchung steht eines fest: Die 500 000 EinwohnerInnen der Stadt Tomsk sitzen seit Jahren auf einem atomaren Pulverfass. Hier befindet sich das älteste, 1951 in Betrieb genommene Atomkraftwerk der Sowjetunion. «Die Strahlungsmenge ist in unserer Stadt immer höher als erlaubt gewesen», berichtet eine junge Studentin. Die Stadt ist normalerweise für AusländerInnen gesperrt. Niemand in der Bevölkerung hat jemals den Grund erfahren. Noch gravierender ist das Mysterium [rund um das AKW] von Tomsk 7. Dort leben rund 30 000 Menschen unter scheinbar normalen Verhältnissen. Die Behörden haben jedoch den Stadtteil zu einem hermetisch abriegelten Getto gemacht. Die BewohnerInnen dürfen zwar die Kontrollposten passieren, um in die anderen Stadtteile zu gelangen. Aber niemals hat ein/e BewohnerIn des restlichen Tomsk dieses verbotene Gebiet betreten können. Die Menschen von Tomsk 7 fügen sich den behördlichen Entscheidungen.

taz, 9.5.90

ENERGIE SZENE

In einer in den USA veröffentlichten Studie wird ein Zusammenhang zwischen Krebshäufigkeit und geographischer Distanz zu einem Atomkraftwerk nachgewiesen. Erwachsene, die sich in den Jahren 1978 bis 1983 hauptsächlich in der Nähe des im US-Bundesstaat Massachusetts gelegenen Atomkraftwerks Pilgrim aufhielten, erkrankten häufiger an Leukämie, als dies aufgrund der landesweiten Statistik – zwei bis drei Fälle pro 100 000 Personen – zu erwarten gewesen wäre. Das Gesundheitsamt von Massachusetts berichtet, dass unter jenen Menschen, die weniger als 16 Kilometer vom Reaktor entfernt lebten und arbeiteten, die Krebs-erkrankungsrate um das Vierfache angestiegen sei. Vor drei Jahren wurde das Atomkraftwerk Pilgrim von der US-Regierung als die «schlechtest betriebene» Anlage dieser Art bezeichnet.

TA, 2.11.90

Die US-Regierung sieht als eine Option für den Fall eines Krieges in Europa oder anderen Regionen den Beschuss atomarer Kraftwerke mit konventionellen Waffen vor. Zu internationalen Vereinbarungen über den Ausschluss dieser Option ist Washington nicht bereit. Doch auch in Westeuropa empfehlen zumindest führende britische Militärs unter Verweis auf Tschernobyl, Atomkraftwerke offiziell in die Zielplanung für konventionelle Waffen aufzunehmen. Das geht aus einer Studie hervor, die das Rüstungsforschungsinstitut «British American Security Information Council» BASIC in Washington veröffentlichte. Die Studie zitiert zahlreiche offizielle Aussagen von Vertretern des Pentagon und des US-Aussenministeriums aus jüngster Zeit. In einer Rede vor dem Londoner King's College empfahl der Vizeadmiral der britischen Luftwaffe, J.R. Walker, seinen Militärplanern, die «verbesserte Zielgenauigkeit und Zerstörungsfähigkeit» konventioneller Waffen sowie die «hohe Verwundbarkeit» moderner Kraftwerke und Industrieanlagen zum Anlass für eine entsprechend veränderte militärische Zielplanung zu nehmen. Walker: «Tschernobyl hat demonstriert, dass man den grossen Hammer in Form einer Nuklearwaffe nicht mehr braucht – er ist bereits da – es bedarf nur noch des Zünders.» In den Arsenalen von Nato- und Warschauer Vertragsstaaten befinden sich heute konventionelle Waffen, mit denen selbst die härtesten Reaktorbehälter zerstört werden können.

In Europa stehen 240 AKW (183 ohne UdSSR). 1861 chemische Anlagen werden in der EG sicherheitsüberwacht. Viele dieser Energie- und Industrieanlagen liegen in unmittelbarer Nähe von vorrangigen Objekten der gegnerischen Zielplanung: Militärbasen, Häfen, Eisenbahnschnittpunkte etc. Die BASIC-Studie nennt als herausragende Beispiele die chemischen Industrien am Hafen von Antwerpen und die atomare Wiederaufbereitungsanlage LaHague, die in unmittelbarer Nähe der Hauptbasis für Frankreichs strategische U-Boot-Flotte liegt. Die BASIC-Studie widerspricht Präsident Bush, der im Mai erklärt hatte, ein Abzug atomarer Waffen aus Europa werde den Kontinent «wieder sicher für einen konventionellen Krieg machen».

taz, 21.6.90

Wegen eines Montagefehlers müssen jetzt sämtliche 1300-MW-Kernkraftwerke Frankreichs kontrolliert werden. Es handelt sich um die 17 jüngsten Reaktoren, die an acht Standorten aufgebaut worden sind. Eine staatliche Kontrollinstanz hat-

te die Alleinverantwortliche für sämtliche KKW, die Firma EDF, bereits Anfang Jahr auf Anomalien aufmerksam gemacht. Nach den üblichen Unbedenklichkeitserklärungen muss EDF nun doch über die Bücher. Anfang dieses Jahres machte die Kontrollkommission EDF darauf aufmerksam, dass in einem der neuen 1300-MW-Werke die Filter des primären Kühlsystems undicht seien. EDF reagierte stillschweigend, mochte aber nicht auf die dringende Empfehlung eingehen, doch bei allen 17 KKW neueren Datums nachzuschauen, ob es sich um einen Montagefehler handle. Erst beim Nachweis des gleichen Fehlers bei einem zweiten 1300-MW-Reaktor bequemte sich die Firma, die nach französischem Recht die Reaktoren in eigener Regie bauen, kontrollieren und produzieren lässt, dazu, Nachprüfungen bei allen möglicherweise betroffenen KKW anzuordnen. Natürlich nicht, ohne hoch und heilig zu beteuern, dass es sich allerhöchstens um kleine Montageschäden handeln könne, die die Sicherheit der Reaktoren nie und nimmer zu beeinträchtigen vermöchten. TA, 2.10.90

Im deutschen Zwischenlager Gorleben geht es immer noch drunter und drüber: Neben Bläh- und Rissfässern, falsch deklarierten Atommüllfässern aus dem belgischen Mol seien im Zwischenlager auch Behälter mit erhöhten Radium-Werten entdeckt worden. Über 35000 Atommüllfässer kann die 5400 Quadratmeter grosse Halle auf dem Zwischenlagergelände aufnehmen. Seit ihrer Inbetriebnahme im Jahre 1984 ist sie zu 20% ausgelastet: 1290 Fässer stehen in kompakten Stapeln. Die übrigen sind zu je acht in sogenannten «endlagerfähigen Konrad-Containern» verpackt. Wenn es allerdings nach der Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg ginge, wäre dem Betreiber des Fasslagers, der Brennelementlager Gorleben GmbH (BLG), «die Betriebsgenehmigung längst wieder entzogen». Die vergangenen sechs Jahre haben «lediglich gezeigt, dass die Atomindustrie nicht einmal schwachaktiven Müll sicher lagern kann». Doch statt «rückhaltslos aufzuklären», gab nicht nur die Lüneburger Staatsanwaltschaft, sondern auch das Umweltministerium in Hannover dann schon Ende Juni grünes Licht für den Abtransport aller 1290 nicht in Konrad-Containern verpackten Fässern von Gorleben nach Duisburg: Alle Fässer, auch die aus Mol stammenden, sollten von der Duisburger Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) unkonditioniert, ihr Inhalt sollte getrocknet werden. In der Woche vom 20. August entschied das Umweltministerium nun, alle 302 Fässer, die «etwas mit Mol zu tun haben», werden nicht nach Duisburg, sondern zur umfassenden

Untersuchung in die Kernforschungsanlage Jülich oder in die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe transportiert. Für den Umgang mit Kernbrennstoffen, so begründete die Sprecherin des Umweltministeriums am Freitag diese Entscheidung, habe die GNS in Duisburg keine Genehmigung und alle Mol-Fässer stünden ja im Verdacht, auch Kernbrennstoffe zu enthalten. Die BLG kommt diese Entscheidung teuer zu stehen. Die KFA Jülich hat in der Vergangenheit für die Untersuchung von Mol-Fässern bis zu 150000 DM pro Stück verlangt. Sollte es bei diesem Preis bleiben, hätte die BLG bis zu 45 Millionen DM für die Untersuchung aller 302 Fässer zu zahlen. Achtzig Millionen hat der Bau der beiden Gorlebener Zwischenlager gekostet. taz, 27.8.90

BRD-Umweltminister Töpfer, der nach dem 3. Oktober auch für die Sicherheit der DDR-KKW verantwortlich ist, erklärte in Bonn, deren weiterer Betrieb sei nur nach kostspieliger Nachrüstung verantwortbar. Wahrscheinlich werden diese aus Sicherheitsgründen unerlässlichen Milliardeninvestitionen nicht mehr getätigt und alle bestehenden DDR-Nuklearanlagen stillgelegt werden. Für die in Bau befindlichen Kraftwerke scheint die Überlebenschance allerdings besser. Schon heute sind die Blöcke 2, 3 und 4 der umstrittenen Energieerzeuger in Greifswald an der Ostsee abgeschaltet. Der noch arbeitende älteste Reaktorblock 1 wird ab November ebenfalls vom Netz genommen, und schliesslich dürfte der bereits stillgelegte Forschungsreaktor in Fürstenberg ebenfalls für immer eingemottet werden. Damit wird die DDR schon ab Dezember über keinen eigenen Atomstrom mehr verfügen. TA, 15.9.90

Der Schnelle Brüter P h é n i x im Nuklearforschungszentrum von Marcoule in Südfrankreich hat sich, wie erst am 12. September bekanntgegeben wurde, am 9. September nach einer Betriebspanne selbstständig abgeschaltet. Wie bei drei ähnlichen Störfällen im vergangenen Jahr wird die Panne auf die Bildung von Blasen des Edelgases Argon im primären Kühlkreislauf des 250-Megawatt-Reaktors angenommen. NZZ, 13.9.90

Als erstes französisches Kernkraftwerk wird die Anlage von Brennilis bei Morlaix (Bretagne) endgültig stillgelegt. Am 29. Mai wurde mit den Arbeiten zur Entnahme der Brennstäbe aus dem Reaktor begonnen, die sich bis 1992 fortsetzen wird, wie die Betriebsleitung mitteilte. Der spanische Industrieminister Claudio Aranzadi hat am 30. Mai im Parlament

in Madrid die Schliessung des Kernkraftwerks Vandellós I bei Tarragona bekanntgegeben. In Vandellós I hat sich am 19. Oktober 1989 der bisher schwerste Störfall in einem der zehn spanischen Atomkraftwerke ereignet [E+U 4/89]. BaZ, 31.5.90

Mit der Demontage des hochverstrahlten Reaktorkerns ist am 26. November im bayerischen Niederaichbach der weltweit erste Abbruch eines Atomkraftwerks in die heisse Phase getreten. Nach Angaben des Kernforschungszentrums Karlsruhe wird der radioaktive Bereich der Atomruine, der sogenannte Moderatortank, mittels Fernbedienung in einer Betonzelle zerlegt. In Stahlfässer verpackt sollen 100 Tonnen radioaktiver Einzelteile nach Karlsruhe gebracht und dort auf dem Gelände des Kernforschungszentrums zwischengelagert werden.

Der Reaktor in Niederaichbach bei Landshut war vor 16 Jahren nach nur 18tägiger Betriebsdauer stillgelegt worden. Die Demontage des kontaminierten Kerns wird voraussichtlich ein Jahr dauern und rund 200 Millionen Franken kosten. Der Bau des 100-Megawatt-Reaktors hatte rund 170 Millionen Franken gekostet.

Die mit der Demontage beauftragten Mitarbeiter bedienen einen eigens zu diesem Zweck entwickelten 14 Meter langen Teleskoparm, an dem die jeweils erforderlichen Zerlegewerkzeuge montiert sind. Strahlungssichere Fenster aus Bleiglas ermöglichen den Blick in das Betongehäuse in dem gearbeitet wird. Die SPD hatte gefordert, die Arbeiten so lange einzustellen, bis die Bundesrepublik über ein Endlager für hochradioaktive Abfälle verfügt. Mit dem Abbruch sind 80 Mitarbeiter befasst. 500 Tonnen radioaktiver Stahl und 500 Tonnen verstrahlter Beton sind abzutragen. TA, 27.11.90

Die drei bundesdeutschen Energieriesen haben sich nach zähen Verhandlungen die DDR-Stromwirtschaft endlich unter die Nägel gerissen. Die Vertreter der westdeutschen Stromkonzerne RWE AG, Essen, Preussen-Elektra AG, Hannover, und Bayernwerk AG, München, sowie der Treuhandanstalt und des Energieministeriums der DDR unterzeichneten in Berlin einen Vertrag, wonach die westdeutschen Konzerne zunächst über eine gemeinsame Gesellschaft die Geschäftsleitung der DDR-Stromverbundunternehmen einschliesslich der Hauptlastverteilung übernehmen. Damit sicherten sich die drei West-Unternehmen die Mehrheit und die Betriebsführung der 15 regionalen DDR-Energieversorger. taz, 23.8.90

TA Tages-Anzeiger, taz Berliner Tageszeitung, VR Volksrecht, BaZ Basler-Zeitung.